Zeitschrift: Badener Neujahrsblätter

Herausgeber: Literarische Gesellschaft Baden; Vereinigung für Heimatkunde des Bezirks Baden

Band: 94 (2019)

Artikel: Der Krieg war vorbei, die Krise blieb : Nachwehen und Neuanfänge in der Stadt Baden im Jahr 1919

Autor: Ventura, Andrea

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-813542

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von Andrea Ventura, Baden. Sie interessiert sich für lokale Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Der Krieg war vorbei, die Krise blieb

Nachwehen und Neuanfänge in der Stadt Baden im Jahr 1919

Der Erste Weltkrieg wurde nicht nur als militärischer, sondern auch als wirtschaftlicher Konflikt ausgetragen – gerade in der Schweiz, wie neuere Untersuchungen zeigen.[1] Gut erforscht ist, wie die Volkswirtschaft und grosse Unternehmen die Kriegs- und Krisenzeit meisterten. Kaum erforscht hingegen ist, wie es den politischen Gemeinden ging. Dabei kann ihre Bedeutung als historische Akteure gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ihre Rolle für die Menschen bei der Bewältigung des zivilen Alltags war zentral: Der Erste Weltkrieg verursachte eine enorme Ausweitung der öffentlichen Fürsorge, die in den ersten Kriegsjahren weitgehend alleine auf den Gemeinden lastete. Erst ab 1917 schalteten sich auch der Bund und die Kantone in die Lösung von Versorgungs- und Verteilungsproblemen ein. Aus diesem Grund richtete ein aktuelles historisches Forschungsprojekt seinen Fokus auf die Gemeinde und untersuchte den zivilen Alltag in der Stadt Baden zur Zeit des Ersten Weltkriegs. Ausgehend von einer Zusammenstellung der ausserordentlichen Herausforderungen für die städtischen Behörden liess sich ein detailreiches Bild nahe am Leben der Menschen zeichnen. Das Projekt leistet damit einen Beitrag sowohl zur Stadtgeschichte als auch zur ortsübergreifenden Wirtschafts- und Sozialgeschichte.[2]

Der vorliegende Artikel präsentiert ausgewählte Resultate des Forschungsprojekts und zwar anhand von Inseraten, die im Jahr 1919 in der katholisch-demokratischen Zeitung *Aargauer Volksblatt* erschienen sind. Die Inserate beleuchten verschiedene Facetten des städtischen Lebens und zeigen, dass der Krieg zwar im militärischen Sinne vorbei war, aber die andauernde Krise und die Ereignisse der Vorjahre weiterhin ihre Spuren im Alltag hinterliessen.[3]

Die im Inserat angepriesene Broschüre beschreibt den Landesstreik aus christlich-sozialer Sicht. Die Broschüre war bereits Ende November erschienen, kurz nach den turbulenten Tagen. Aus dem Stadtratsprotokoll lässt sich die Perspektive der städtischen Behörden im November 1918 rekonstruieren. Diese sahen dem sich abzeichnenden Landesstreik mit Besorgnis entgegen. Zum einen befürchteten sie – allenfalls tätliche – Auseinandersetzungen im öffentlichen Raum zwischen Streikwilligen und Arbeitswilligen beziehungsweise zwischen Sympathisanten der Arbeiterbewegung und Anhängern vaterländischer Bewegungen. Zum anderen gehörten auch die Sabotage von betrieblichen Einrichtungen und die Unterbrechung von Transportwegen zu den möglichen Szenarien, die es zu verhindern galt. Und als Letztes beschäftigte sie die Haltung der eigenen, städtischen Arbeiter zum Streik.

Die Putschtage in Baden
vom 9. bis 16. November 1918
Herausgegeben v. Dr. A. Bärlocher u. H. Hilfiker
100 Seiten, broschiert. Preis 1 Fr.

Die Broschüre bietet eine äußerst spannende u. wahrheitsgetreue Darstellung des Generalstreikes in Baden und bildet ein wertvolles geschichtliches Dokument für die Bäderstadt.

Inhalt: Vorwort — Wie es kam — Jetzt oder nie — Der 24-stündige Proteststreik — Die Ruhe vor dem Sturm — Der Sturm bricht los — Die Gegenaktion — Beginn des unbefristeten Landesstreiks — Hie Ordnung! Hie Umsturz! — Die Bolschewiki-Jagd — Zusammenschluß aller vaterländischen Parteien — Dunkle Gewalten — Bedingungslos kapituliert! — Der Neubau.

Zu beziehen in der Druckerei August Heller in Baden.

Inserat für die Broschüre «Die Putschtage in Baden». Bild: StAB, *Aargauer Volksblatt* vom 2.1.1919.

In einer Sitzung kurz vor dem eintägigen Proteststreik vom 9. November 1918 bekräftigte der Stadtrat seine Prioritäten. Erstens: die Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln, Elektrizität, Gas und Wasser sicherstellen. Zweitens: die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten. Dementsprechend fielen die Vorbereitungen auf die zu erwartenden Streiktage aus: Sie umfassten Vorkehrungen zur Sicherung von Kontinuität bei der Strassenreinigung – wich-

tig wegen der Grippe –, bei den Milchlieferungen von umliegenden Landgemeinden in die Stadt und bei der Stromversorgung für Stadt, private Haushalte, Gewerbe und Industrie. Ausserdem verstärkten die Behörden die städtischen Ordnungskräfte (acht Stadtpolizisten) durch Kantonspolizisten und Feuerwehrleute. Erklärtes Ziel war, die Streiktage mit diesen «Hausmitteln» zu überstehen. Trotzdem: Absprachen mit der Militärdirektion sollten sicherstellen, dass die städtischen Behörden bei Bedarf militärische Einheiten beiziehen konnten.

Diese Situation trat zwischen dem 12. und 14. November tatsächlich mehrfach auf: am ersten Streiktag, als es darum ging, sich prügelnde Gruppen vor den Fabriktoren der BBC aufzulösen. Am zweiten Tag, um heimlich eingedrungene Zürcher Aktivisten vom Gelände zu vertreiben und am frühen Morgen des dritten Tags, um während der Nacht zugewanderte Streikunterstützer, ebenfalls aus Zürich, vorübergehend festzusetzen. Übrigens: Bei allen Einsätzen folgten die militärischen Kommandanten den Vorgaben des zivilen, städtischen Streikabwehrkabinetts – von einer Besetzung Badens durchs Militär kann also keine Rede sein.[4]

Grippeprophylaxe im Januar 1919

Eine der Nachwehen der Spanischen Grippe, die als Epidemie 1918 in zwei Wellen über die Stadt (sowie die Schweiz, Europa und fast die ganze Welt) hereingebrochen war, äusserte sich noch Anfang 1919 in reduzierten Öffnungszeiten der Schulhäuser. Die Schulzimmer sollten über Nacht viele Stunden lang gründlich auslüften, um so die Ansteckungsgefahr während der Schulzeiten zu reduzieren. Der Unterricht an den Weiterbildungsschulen musste ganz ausfallen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die medizinische Forschung das Grippevirus noch nicht entdeckt, aber die Übertragungswege des Erregers waren bereits bekannt: über kontaminierte Oberflächen und durch Tröpfcheninfektion von Mensch zu Mensch. Daher reagierten die Behörden mit Versammlungsverboten sowie regelmässiger Reinigung und Desinfektion von Räumen, ja sogar von Strassen.

Beide Schulhäuser

werden bis auf weiteres **erst vormittags 8 Uhr** für die **Gemeinde- und Bezirks-Schüler** geöffnet und bleiben von 5 Uhr Abends an geschlossen.

51 **Der Gemeinderat.**

Bürgerschule u. Handwerkerschule

Die Unterrichtsstunden nach 5 Uhr abends fallen bis auf weiteres aus. 52

Baden, den 6. Januar 1919

Die Roktorate.

Amtliche Anzeigen der Gemeinde Baden: reduzierte Öffnungszeiten der Schulhäuser, Ausfall von Unterrichtsstunden an den Weiterbildungsschulen. Bild: StAB, *Aargauer Volksblatt* vom 6.1.1919.

Der Erreger erreichte die Stadt während der Sommerferien, im Juli 1918. Daraufhin blieben die Schulen geschlossen und nahmen den Unterricht erst Anfang September, statt Anfang August, wieder auf. Weil die Grippefälle überraschend ein zweites Mal zunahmen, wurden die Schulen Anfang Oktober wiederum geschlossen, diesmal bis Ende November. Ab Oktober galt in der Stadt ein absolutes Versammlungsverbot, das auch Gottesdienste, Chorproben sowie den Kasino- und Kurbetrieb einschloss. Die beiden Pfarrer erwiesen sich als besonders widerspenstig und konnten nur mit Hilfe des Bezirksamtmanns diszipliniert werden.

Nach Schätzung der Behörden kam es in Baden im zweiten Halbjahr 1918 zu rund 2600 Erkrankungen – mehr als ein Viertel der Wohnbevölkerung war betroffen. Rund fünfzig Todesfälle wurden der Grippe zugeschrieben, wobei zehn der im städtischen Krankenhaus Verstorbenen aus anderen Gemeinden stammten.

Die Stadt ergriff eine Vielzahl von Massnahmen, um mit den Folgen der Grippe fertigzuwerden. Neben den Gemeindeschwestern und dem Samariterverein wurden auch Freiwillige für die Pflege angelernt und eingespannt. Mitte Oktober beschloss die Stadt, die Behandlungskosten bei Arzt und Apotheker für arme Einwohner und Schüler zu übernehmen, damit sich alle Erkrankten be-

handeln liessen. Spezielle Grippebetten wurden zunächst im Absonderungshaus und später auch im Spital selbst aufgestellt. Dort liegende, auswärtige Chronisch- und Grippekranke mussten zurück in ihre Wohngemeinden, um Betten für Einheimische frei zu machen. Im Ländlischulhaus wurden zwei Schulzimmer als Notspital hergerichtet. Diese Zimmer wurden aber glücklicherweise nicht gebraucht.

Endlich wieder eine Gemeindeversammlung!

Bei der Beschlussfassung der Einwohnergemeinde bestand im Februar 1919 grosser Nachholbedarf, da die letzte reguläre Gemeindeversammlung im Mai 1918 stattgefunden hatte. Im zweiten Halbjahr 1918 konnten keine Gemeindeversammlungen einberufen werden, da sie unter das Versammlungsverbot fielen, das durch die Grippe ausgelöst worden war. Ein erster Versuch, eine Gemeindeversammlung im Januar 1919 anzusetzen, war gescheitert, da weniger als die Hälfte der stimm- und wahlberechtigten Männer auftauchte, obwohl die Teilnahme für sie obligatorisch war. Das erklärt die Drohung mit dem Bussgeld von 3 Franken für diejenigen, die ungenügend entschuldigt fernblieben.

Amtliche Anzeigen
der Gemeinde Baden

Versammlung
der
Einwohnergemeinde Baden
Dienstag den 18. Februar 1919
abends 7½ Uhr
im Kasinosaal

Traktanden:

1. Passation der Verwaltungsrechnungen 1917.
2. Kreditbegehren von:
   a) 20 000 Fr. für die Errichtung der elektrischen Heizanlage im städtischen Krankenhaus;
   b) 6 000 Fr. für elektrische Kochanlagen im städtischen Krankenhaus;
   c) 200 000 Fr. für den Conto-Corrent der städtischen Werke;
   d) 1 500 Fr. Nachsubvention für die städt. Lehrerpensionskasse.
   e) Teuerungszulagen an die städt. Beamten, Angestellten und Arbeiter für das zweite Halbjahr 1918.
3. Bericht über die Erledigung der Motion Feißli über die Verwendung der elektr. Ueberschußkraft zu Heiz- u. Kochzwecken.
4. Antrag des Gemeinderates betr. Entzug der amtlichen Inserate der Gemeindeverwaltung gegenüber dem „Neuen Freien Aargauer".

Die Akten können auf der Gemeindekanzlei eingesehen werden. 500

Nicht genügend entschuldigte Abwesenheit wird mit Fr. 3.— gebüßt.

Baden, den 11. Februar 1919

Der Gemeinderat.

Amtliche Anzeigen der Gemeinde Baden: Einladung zur Versammlung der Einwohnergemeinde. Bild: StAB, *Aargauer Volksblatt* vom 14.2.1919.

Zu Traktandum 1: Die Jahresrechnung 1917 wurde erst im Februar 1919 – mit über einem halben Jahr Verspätung – den Stimmberechtigten vorgelegt. Bemerkenswerte Elemente der Jahresrechnung 1917 waren der Entscheid über

eine Investition von 4,7 Millionen Franken zum Ankauf der Städtischen Werke und die Aufnahme einer Notstandsanleihe von 300 000 Franken, um das kumulierte Defizit aus der gemeindlichen Kriegswirtschaft zu decken.

Zu Traktandum 2: Auch Kredite mussten im Februar 1919 rückwirkend genehmigt werden: Die elektrische Heizung und die elektrischen Kochherde fürs Spital waren längst gekauft und eingebaut. Ebenso war der Betriebskredit für die Städtischen Werke bereits eingerichtet und die Teuerungszulagen an die Mitarbeitenden der Stadt im zweiten Halbjahr 1918 ausgezahlt. Der Stadtrat hatte notwendige Ausgaben und Kreditaufnahmen nach Rücksprache mit der Finanzkommission eigenmächtig bewilligt. Um trotz ausfallender Legislative handlungsfähig zu bleiben und wichtige Massnahmen umzusetzen, hatte er das Vollmachtenregime der Bundesbehörden nachgeahmt, das diese während der Kriegsjahre praktiziert hatten.

Zu Traktandum 3: Die beiden Flusskraftwerke in der Limmat waren ursprünglich zur Stromversorgung für Industrie und Gewerbe gebaut worden. Im Zuge der Elektrifizierung begann man zunehmend auch städtische Gebäude und private Haushalte mit Strom zu versorgen. Dafür wurde die Überschusskraft der Kraftwerke eingesetzt.

Zu Traktandum 4: Schon während des Landesstreiks hatte der Stadtrat dem Neuen Freien Aargauer, dem Presseorgan der Sozialdemokraten, mit dem Entzug der amtlichen Inserate wegen angeblicher Hetze gedroht. Bei erster Gelegenheit stellte er entsprechend Antrag an die Gemeindeversammlung. Die Versammlung stimmte dem Antrag bis auf Weiteres zu (669 Ja, 594 Nein), machte den Beschluss aber am 31. Mai desselben Jahres mit knapper Mehrheit wieder rückgängig (477 Ja, 455 Nein).

Fortschrittliche Löhne für städtische Mitarbeiter

Nachdem der langjährige Kanzlist Schälkli im Frühjahr unerwartet verstorben war, suchte der Stadtrat via Zeitungsinserat einen Nachfolger. Interessant sind die Informationen zur Besoldung: Zum Anfangslohn mit regelmässigen Dienstalterzulagen kamen garantierte Teuerungszulagen fürs laufende Jahr, abgestuft nach familiärer Situation – je grösser die Familie, umso höher die Zulage. Ein verheirateter Bewerber mit einem Kind konnte mit einem Einstiegslohn von 4200 Franken pro Jahr rechnen (2700 Fr. Basislohn plus 1500 Fr. Teuerungszulage).

Stellen-Ausschreibung

Die Stelle eines

Kanzlisten der Gemeindekanzlei

wird andurch zur Besetzung ausgeschrieben.

Anfangsbesoldung Fr. 2700.— mit Alterszulagen von Fr. 200.— nach je 2 Dienstjahren bis zum Maximum von Fr. 1000.— (**Teuerungszulagen pro 1919:** Fr. 900.— für Ledige, Fr. 450.— Familienzulage, Fr. 150.— Kinderzulage.) 1516

Erfordernisse: Gründliche Kenntnis der Bureauarbeiten, schöne Handschrift und Gewandtheit im Maschinenschreiben.

Anmeldungen mit Zeugnissen sind bis 10. Mai dem **Stadtammannamt Baden** einzureichen.

Baden, den 1. Mai 1919

Der Gemeinderat.

Aarg. kant. Arbeitsamt (Filialen in jedem Bezirkshauptort)

Unentgeltliche Arbeits- und Lehrstellenvermittlung jeder Art für männliche und weibliche Arbeitsuchende. — Vorsteher der Filiale Baden ist **Herr H. Bürchler**, Tuchhandlung, **Vorstadt Baden**

Stellenausschreibung für einen Mitarbeiter in der Gemeindekanzlei. Bild: StAB, *Aargauer Volksblatt* vom 2.5.1919.

Zum Vergleich: Ein Stadtarbeiter, der im Jahreslohn beschäftigt war, erhielt im Jahr 1919 durchschnittlich 3050 Franken plus Teuerungszulage. Ein Stadtpolizist mit Führungsaufgaben (Korporal) hingegen bekam mehr: Er erhielt schon im Vorjahr 4000 Franken als Basislohn, es kamen die Teuerungszulage und ein Zuschlag für Nachtarbeit dazu. Der Lohn des Stadtammanns betrug 7500 Franken in den Jahren 1918 und 1919; er erhöhte sich kräftig auf 11 000 Franken im Jahr 1920.

Als Arbeitgeber verfolgte die Stadt eine fortschrittliche Lohnpolitik, was sich sowohl in den Lohnfortzahlungen bei Arbeitern und Angestellten für die Dauer des Militärdienstes als auch bei den wiederholt ausgerichteten Teuerungszulagen zeigte. Letztere wurden notwendig, da der Lebenskostenindex zwischen 1914 und 1918 von 100 auf 204 Punkte hinaufschnellte, 1920 gar ein Maximum von 224 Punkten erreichte, bevor er 1921 wieder auf 200 Punkte zurückfiel. Zur Verdoppelung der Lebenshaltungskosten trug neben der Knappheit von Gütern auch die gewaltige Ausdehnung der Notenbankgeldmenge bei, die eine Inflation der Preise nach sich zog. Die Stadt Baden passte die ausbezahlten Löhne weitgehend an die steigenden Preise an. Der Taglohn von Stadtarbeitern stieg zwischen 1914 und 1919 von 4 bis 5 auf 8 bis 12 Franken plus Teuerungszulage, die durchschnittliche Auszahlung an Arbeiter mit Jahreslohn erhöhte sich von 1679 auf 3050 Franken plus Teuerungszulage. Wenig über-

raschend stieg das Total der Besoldungen gemäss Jahresrechnungen der Einwohnergemeinde von 64 000 Franken (1914) über 111 000 Franken (1918) bis auf 151 000 Franken (1920).

Gründung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft gegen die Wohnungsnot

Im Laufe der Kriegsjahre kam es nicht nur zu Knappheit und Preissteigerungen bei Lebensmitteln und Alltagsprodukten, sondern auch zu Mietstreitigkeiten und Wohnungsnot. Wohnungen waren knapp und teuer geworden, da das Angebot mit der Anzahl Eheschliessungen nicht Schritt halten konnte, denn während der Kriegsjahre stagnierte der Wohnungsbau, vorhandene Wohnräume wurden kaum erneuert und saniert. Die Gründung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Baden im November 1919 war eine von vielen Aktionen der Stadt zur Linderung von Wohnungs- und Mietnot.

Amtliche Anzeigen
der Gemeinde Baden

Gemeinnützige
Baugenossenschaft Baden

Versammlung

Donnerstag, den 20. November
abends 8 Uhr, im Hotel „Waag"

Traktanden
1. Statutenbereinigung;
2. Konstituierung.

Den eingeschriebenen Interessenten werden die Statutenentwürfe zugesandt.

Weitere Interessenten können die Statutenentwürfe heute und morgen auf der Gemeindekanzlei abholen.

Die Teilnahme breiter Kreise bei der Gründung der Genossenschaft ist erwünscht. 4058

Baden, den 19. November 1919.

Der Geschäftsausschuss.

Amtliche Anzeigen der Gemeinde Baden: Einladung zur Gründungsversammlung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Baden. Bild: StAB, *Aargauer Volksblatt* vom 19.11.1919.

Schon 1917 schlug die Stadt Baden bei einer Umfrage des Kantons im Auftrag des Bundes bezüglich Mietzinssteigerungen vor, den Gemeinden die Kompetenz zu geben, gegen Mietwucher und ungerechtfertigte Kündigungen vorzugehen.

Im Folgejahr dehnte die Stadt ihre Notstandsfürsorge auf das Wohnungs- und Niederlassungswesen aus. Mit verschiedenen Massnahmen sollten die Rechte der Mieter gestärkt werden. Vermieter wurden verpflichtet, Wohnräume vor der Vermietung «mietwürdig» herzurichten. Eine neu geschaffene, paritätisch

zusammengesetzte Mietnotkommission prüfte Mietzinserhöhungen und Wohnungskündigungen kritisch. In den ersten beiden Jahren verhandelte die Kommission über 500 Fälle.

1919 ging die Stadt noch weiter: Sie beschlagnahmte leerstehende Wohnungen und liess in der Halde und im Meierhof insgesamt drei Baracken als Wohnprovisorien aufstellen. Ausserdem gewährte sie Eigentümern finanzielle Hilfe beim Herrichten «unwürdiger» Wohnungen. Und als Letztes kam es am 20. November zur Gründung der Gemeinnützigen Baugenossenschaft Baden. Diese war als Public-private-Partnership organisiert: Wichtige Geldgeber waren die BBC neben der Einwohnergemeinde Baden und den Städtischen Werken. Eine eigens eingesetzte Kommission erarbeitete die Statuten der Genossenschaft. Nachdem die Einwohnergemeinde an ihrer Versammlung vom 24. November der Mitgliedschaft zugestimmt hatte, führte die Genossenschaft bereits am 9. Dezember eine zweite Generalversammlung durch, um konkrete Schritte für einen Baubeginn vor Ende Jahr zu planen. Die Zeit eilte, da die Genossenschaft die Subventionen von Bund und Kanton im Rahmen ihrer Wohnbauförderprogramme fürs ablaufende Jahr mitnehmen wollte.

Gutscheine und Pünten: die städtische Lebensmittelfürsorge

Während der Kriegsjahre stiegen die Preise für Lebensmittel stark an, zum einen wegen Knappheit, zum anderen wegen Inflation. Der Bund erliess erst Anfang 1917 Verfügungen zum Bezug verbilligter Lebensmittel. Darin waren die Einkommensgrenzen für bezugsberechtigte Familien und der Schlüssel für die Kostenübernahme zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden festgelegt. 1918 und 1919 betrugen die Einkommensgrenzen 3420 Franken für eine vierköpfige und 4380 Franken für eine siebenköpfige Familie. Gegenüber dem Anfangsjahr waren die Ansätze deutlich erhöht worden: 1917 betrugen sie nur 1800 beziehungsweise 2500 Franken – vermutlich zu wenig angesichts der anhaltenden Inflation.

Amtliche Anzeigen
der Gemeinde Baden

Die Lebensmittelkarten
für den Monat Dezember 1919

sind von erwachsenen Personen in Empfang zu nehmen: 4141

Auf der Einwohnerkontrolle:

A bis L Donnerstag den 27. November
M bis Z Freitag den 28. Nov. 1919

Die Berechtigungsausweise, (violettes Büchlein), sowie alle Kartenstämme sind mitzubringen. Die erhaltenen Karten sind sofort nachzuprüfen. Spätere Reklamationen werden nicht berücksichtigt.

Baden, 26. Nov. 1919.

Städt. Lebensmittelamt.

Amtliche Anzeigen der Gemeinde Baden: Aufforderung zum Bezug von Lebensmittelkarten. Bild: StAB, *Aargauer Volksblatt* vom 26.11.1919.

1918 bezogen 480 Badener Familien mit 2202 Personen Lebensmittelkarten, 1919 immer noch 423 Familien mit 2055 Personen. Das heisst: In beiden Jahren erhielt mehr als ein Fünftel der Badener Einwohner Zuschüsse für den Kauf von Lebensmitteln. Die Kosten für die Verbilligung von Lebensmitteln beliefen sich 1919 auf insgesamt 123 000 Franken, wovon die Stadt 35 000 Franken tragen musste. Der Rest entfiel auf Bund, Kanton und andere Gemeinden.

In den ersten Kriegsjahren war die Stadt bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Alltagsgütern auf sich alleine gestellt. Mit allerlei Vorkehrungen versuchten die städtischen Behörden, mit Beschaffungs- und Verteilungsproblemen klarzukommen.

Direkt bei Kriegsausbruch organisierte der Stadtrat als Soforthilfe eine städtische Hilfsaktion für brotlos gewordene Familien. Bis Ende 1919 gab die Hilfsaktion Gutscheine für Lebensmittel und Mietzinse an bedürftige Familien aus, pro Jahr im Wert von rund 7000 Franken. Im Herbst 1915 gründete Stadtammann Jäger eine Kommission für Verbrauchsmittelfürsorge, die knappe Güter wie Hafer, Petroleum, Zucker und Kartoffeln in Grosshandelsmengen einkaufte und diese zu Selbstkosten an Badener Detailhändler weitergab – natürlich mit einer Obergrenze für die Händlermarge. Im Herbst 1917 führte der Bund als Antwort auf die wachsenden Verteilungsprobleme endlich Rationierungen ein. 1920 wurden diese schrittweise wieder aufgehoben.

Daneben setzte die Stadt auf den Ausbau der Selbstversorgung. Sie gab 435 Pflanzparzellen (Pünten) an Private ab und liess einen Landwirt Kartoffeln und Gemüse in Regie anbauen. Das städtische Krankenhaus baute seine Ökonomie aus und verkaufte überschüssige landwirtschaftliche Produkte aus Garten und Stall.

Energieträger: mehr Eigenproduktion, weniger Zukauf

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs setzten die privaten Haushalte im städtischen Raum auf Kohle und Koks zum Heizen sowie auf Gas (oder Petroleum) zum Kochen und Beleuchten. Gas bezogen sie vom Gaswerk, Kohle, Koks und Petroleum von den Brennstoffhändlern der Stadt. Da sich die Versorgung mit der Importware Kohle nach Kriegsbeginn zunehmend verschlechterte und dadurch auch Gas immer teurer wurde, wich die Stadt auf andere Energieträger aus. Zum einen vergrösserte sie ihre Holzvorräte und liess auf Stadtgebiet nach Torfvorkommen sondieren, zum anderen trieb sie die Elektrifizierung von städtischen Gebäuden (Spital, Schulhäuser, Gemeindeküche, Verwaltungsgebäude) energisch voran. Ausserdem versuchte sie, durch vorteilhafte Konditionen beim Strombezug und finanzielle Unterstützung bei der Anfangsinstallation, auch Private zur Umstellung zu bewegen. Ende 1919 war die Umstellung schon so weit gediehen, dass es sich für die Städtischen Werke lohnte, elektrische Geräte aller Art als Weihnachtsgeschenke anzupreisen.

Video: Andrea Ventura berichtet über ihre Arbeit an diesem Artikel.

Inserat der Städtischen Werke Baden: Werbung für elektrische Weihnachtsgeschenke. Bild: StAB, *Aargauer Volksblatt* vom 16.12.1919.

Im selben Jahr erzielte das Elektrizitätswerk einen Überschuss, während das Gaswerk Verluste einfuhr. Der Bericht über das Verwaltungsjahr 1919 kannte den Grund für die Entwicklung: die Verdrängung von Gasherden durch Elektroherde in den vorherigen Jahren.

Dass die Stadt auch bei der Beschaffung von Energieträgern auf mehr Selbstversorgung setzen konnte, verdankte sie den beiden Kraftwerken Aue und Kappelerhof in der Limmat. Die Kraftwerke waren im Besitz der Städtischen Werke, die am 1. Januar 1918 als Rechtsnachfolger der Elektrizitätsgesellschaft Baden entstanden waren. Im Oktober 1917 hatte die Gemeindeversammlung mit grossem Mehr dem Ankauf aller Anlagen und Einrichtungen der Elektrizitätsgesellschaft zugestimmt. Der Kaufpreis betrug 4,7 Millionen Franken – eine sagenhafte Summe, wenn man bedenkt, dass die jährlichen Steuereinnahmen sowohl 1917 als auch 1918 deutlich unter einer Million Franken lagen.

Anmerkungen

[1] Rossfeld, Roman; Straumann, Tobias (Hg.): Der vergessene Wirtschaftskrieg, Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, 2. Auflage. Zürich 2016.

[2] Ventura, Andrea: Mobilmachung, Knappheit, Teuerung, Mietnot, Grippe, Streik – Herausforderungen für die Stadt Baden zur Zeit des Ersten Weltkriegs. In: Argovia 2018, S. 112–155.

[3] Bei der Tageszeitung fiel die Wahl aufs *Aargauer Volksblatt,* dem katholisch-demokratischen Tagblatt für den Kanton Aargau. Von der anderen grossen Tageszeitung, dem *Badener Tagblatt,* ist der Jahrgang 1919 weder im Stadtarchiv Baden noch in der Aargauer Kantonsbibliothek überliefert.

[4] Zehnder, Patrick: Hundert Jahre Ringen um die «richtige Deutung», der Landesstreik von 1918 in der Region Baden, in: Badener Neujahrsblätter 2018, S. 118–129. Hier S. 123.